

Friedensbildung in den Schulen

Wir sprechen uns für eine Friedensbildung an den Schulen aus. Dazu müssen folgende Voraussetzungen geschaffen werden:



In die Ausbildung und Fortbildung von Lehrerinnen und Lehrern müssen Module der Friedensforschung und Friedensbildung aufgenommen werden, damit fachlich gut ausgebildete Lehrkräfte den Schülerinnen und Schülern Friedenswissen und Friedenskompetenzen vermitteln können.

Fachleute aus der Friedensforschung und Friedenserziehung sollen als Referentinnen und Referenten in den Unterricht eingeladen werden, ebenso Vertreterinnen und Vertreter der Friedensorganisationen.

Die Schulbücher der einzelnen Schularten müssen neu gestaltet werden, da Alternativen zur militärischen Konfliktintervention fehlen.

Kampagne „Schulfrei für die Bundeswehr“ Baden-Württemberg:

Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK)
Informationsstelle Militarisation (IMI)
Offenes Treffen gegen Krieg und Militarisation Stuttgart
Ohne Rüstung Leben
Pax Christi
Werkstatt für gewaltfreie Aktion

www.schulfrei-für-die-bundeswehr.de

Bestelladresse für den Flyer: DFG-VK Baden-Württemberg,
Werastraße 10,
70182 Stuttgart

oder per email: dfg-vk@paritaet-bw.de

Stand 20.01.2011

Schulfrei für die Bundeswehr

Die Bundeswehr führt Krieg in Afghanistan. Darüber hinaus sind Soldaten der Bundeswehr im Kosovo, in Somalia, Libanon, Sudan und Bosnien-Herzegowina im (Kriegs-) Einsatz.

Die Mehrheit der Bevölkerung lehnt die Auslandseinsätze entweder ab oder steht ihnen zumindest kritisch gegenüber. Vor allem der Kriegseinsatz in Afghanistan stößt auf große Ablehnung. Daher will die Bundeswehr ihr Ansehen verbessern.



Auf Initiative des Bundesverteidigungsministeriums wurden deshalb in Baden-Württemberg und sieben weiteren Bundesländern sogenannte Kooperationsvereinbarungen zwischen den Kultusministerien und den jeweiligen Wehrbereichskommandos der Bundeswehr unterzeichnet.

In Baden-Württemberg wurden am 4. Dezember 2009 unter anderem folgende Punkte vereinbart:

- Die Jugendoffiziere bieten wie bisher ihre Besuche in Schulen an.
- Die Zusammenarbeit im Rahmen der politischen Bildung im Bereich der Sicherheitspolitik soll intensiviert werden.
- Die Jugendoffiziere können jetzt auch offiziell in die Aus- und Fortbildung von Referendarinnen und Referendaren und von Lehrkräften eingebunden werden.
- Es gibt regelmäßige Gespräche der Jugendoffiziere mit den Vertreterinnen und Vertretern der Regierungspräsidien.

Jeweils zum Schuljahresende erfolgt ein schriftlicher Bericht der Jugendoffiziere an das Kultusministerium.

Warum gibt es gerade jetzt die Kooperationsvereinbarung?

Die Kooperationsvereinbarung ist Teil der „**Rekrutierungsoffensive**“ der Bundeswehr. Denn nach der faktischen Abschaffung der Wehrpflicht kann die Bundeswehr ohne die erfolgreiche Anwerbung von Zeit- und Berufssoldaten nicht bestehen.

Schon seit einigen Jahren hat das Militär seine Öffentlichkeitsarbeit stark ausgeweitet: Die Bundeswehr ist auf Messen vertreten, kommt mit ihren Bundeswehr-Trucks in Schulen, veranstaltet Musik- und Snowboardwettbewerbe. Sie lädt zu Lehrer- und Schülertagen in die Kasernen ein und wirbt bei den Arbeitsagenturen unter den Arbeitslosen um Nachwuchskräfte.

Was soll/kann Schule leisten?

In den Schulen muss über die Sicherheitspolitik der Bundesrepublik informiert und diskutiert werden.



So sehen es die Bildungspläne aller Schularten vor. Art. 12 Abs. 1 der Verfassung des Landes Baden-Württemberg ist dabei verpflichtend: „Die Jugend ist in der Ehrfurcht vor Gott, im Geiste der christlichen Nächstenliebe und zur Friedensliebe... und zu freiheitlicher demokratischer Gesinnung zu erziehen“.

Es gehört also zum Kern des Bildungsauftrags des Landes Baden-Württemberg, dass die Schülerinnen und Schüler in einer solch existentiellen Frage wie der nach Krieg und Frieden die von den Friedensorganisationen vertretenen Konzepte der zivilen, nicht-militärischen Konfliktbearbeitung und Friedenssicherung kennenlernen.

Dagegen verstößt die institutionalisierte Bevorzugung militärischer Sichtweisen gegen das Verfassungsgebot, die Jugend „zur Friedensliebe... und zu freiheitlicher demokratischer Gesinnung zu erziehen“.

Deshalb wehren wir uns entschieden gegen eine institutionalisierte Zusammenarbeit zwischen der Bundeswehr und den Kultusministerien. Denn mit dieser Kooperationsvereinbarung erhalten die durch Beruf und Auftrag auf militärische Konfliktintervention orientierten Jugendoffiziere eine bevorzugte Sonderstellung.

Sie erlaubt ihnen einen weit intensiveren Einfluss auf die Schülerinnen und Schüler, als Landesverfassung und demokratische Mehrheitsmeinung ihnen zubilligen.

Kampagne „Schulfrei für die Bundeswehr“

Eine eigene Kooperationsvereinbarung des Kultusministeriums mit den Friedensorganisationen lehnen wir als „Feigenblatt“ und Legitimation für den Einsatz der Jugendoffiziere bzw. der Bundeswehr in den Schulen ab. Wir wollen eine bundeswehrfreie Schule und langfristig die Verdrängung des Militärs aus allen Bildungseinrichtungen. Schülerinnen und Schüler sollen nicht für das Töten von Menschen angeworben, sondern zum Frieden erzogen werden.

Deshalb haben wir die Kampagne „Schulfrei für die Bundeswehr“ mit dem Ziel gestartet, über die wachsende Militarisierung der Gesellschaft am Beispiel Schule in Baden-Württemberg“ aufzuklären.



Damit wenden wir uns an:

- Friedensgruppen
- Eltern
- Lehrerinnen und Lehrer
- Referendarinnen und Referendare
- Schülerinnen und Schüler
- Studentinnen und Studenten

Es gibt vielfältige Möglichkeiten, wie sich die vorgenannten Personengruppen gegen die Einflussnahme der Bundeswehr in den Bildungseinrichtungen des Landes zur Wehr setzen können. Hier einige Beispiele:

1. Lehrerinnen und Lehrer sprechen sich in den Gesamtlehrerkonferenzen gegen eine Einladung der Jugendoffiziere an ihre Schule aus.
2. Eltern nutzen das Mitspracherecht in der Schulkonferenz und verhindern den Besuch der Bundeswehr.
3. Schülerinnen und Schüler sprechen sich durch Abstimmung in der SMV oder in der Klasse gegen den Besuch eines Jugendoffiziers im Unterricht aus.